

Windkraftgenossenschaft in Itzehoe: So sieht die Bilanz von Prokon aus

Von [Lars Peter Ehrich](#) | 03.05.2024, 05:30 Uhr



Viele Flächen für neue Windkraft-Projekte hat sich die Energiegenossenschaft Prokon gesichert. Symbolfoto: Prokon

Die Windgenossenschaft Prokon aus Itzehoe legt gute Zahlen für das Jahr 2023 und hat sich viel vorgenommen. Allerdings müssen dafür die Rahmenbedingungen passen: Der Vorstand lobt Politik und Behörden zwar, hat aber auch noch viele Erwartungen.

Ein neuer Windpark in Schleswig-Holstein ist genehmigt. Gute Nachricht für die Firma Prokon. Nicht so gut dagegen: „Der Netzbetreiber kann die Netzkapazität erst in drei Jahren zur Verfügung stellen.“ Es ist nur ein Beispiel, mit dem Prokon-Vorstandsvorsitzender Henning von Stechow zeigt, dass noch viel zu tun ist für die Energiewende. Die Itzehoer Genossenschaft will ihren Beitrag leisten: Bis 2030 solle die erzeugte Strommenge gegenüber dem Jahr 2022 verdoppelt werden auf zwei Milliarden Kilowattstunden.

2022 spielt auch in der Prokon-Bilanz für das vergangene Jahr eine Rolle. „Ein absolutes Ausnahmejahr für Stromerzeuger“ sei es gewesen mit einem Umsatz von 130 Millionen Euro, 2023 brachte die Rückkehr zur Normalität mit 110 Millionen Euro Umsatz und einem Überschuss in Höhe von 12 Millionen Euro. Aber der Trend zeige nach oben, sagte von Stechow und beschrieb Prokon so:

*„Ein sehr solides und stabiles Unternehmen, ein kerngesundes Haus.“
Henning von Stechow
Vorstandsvorsitzender*

Dieses soll auch bei den Mitarbeitern weiter wachsen. Inklusive Ausland hat Prokon mehr als 400 Beschäftigte, in Deutschland soll die Zahl um gut 40 auf knapp 330 gesteigert werden, berichtete Katharina Beyer, [seit Januar Nachfolgerin von Andreas Neukirch im Vorstand](#). Auch für die Mitarbeiterbindung werde viel getan, denn im Bereich der erneuerbaren Energien laufe ein starker Kampf um Talente.

Prokon-Projekte in Finnland, Polen und Spanien

Zum Erfolg tragen die Windkraft-Projekte in Finnland und Polen bei, in Spanien hat sich Prokon erste Flächen für Photovoltaik-Anlagen gesichert, in Deutschland stehen die ersten

Solar- sowie Biogas-Anlagen. Im Ausland wie auch hierzulande habe sich das Unternehmen viele spannende Flächen gesichert, so Beyer. Die Projekt-Pipeline umfasse rund fünf Gigawatt.



Prokon-Vorstände: Henning von Stechow und Katharina Beyer vor der Firmenzentrale. Foto: Prokon/Kjell Kantak

Finanziert werde das wesentlich aus dem Kapital der rund 40.000 Mitglieder in der größten Energiegenossenschaft Deutschlands, sagte von Stechow. Diese biete den einfachsten Weg, sich an der Energiewende zu beteiligen: Akzeptanz sei der Schlüssel, geschaffen werde sie durch eine ökonomische Partizipation. Gerade erst haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock beim Petersberger Klimadialog für mehr privates Kapital für den Klimaschutz ausgesprochen – das funktioniere aber nur, wenn die Investition auch wirtschaftlich sei, betonte von Stechow.

Viele Herausforderungen für Prokon

Denn die Herausforderungen sind groß. Zunächst die „Explosion auf der Aufwandseite“: Herstellerpreise 40 bis 60 Prozent hoch, Zinsen verdreifacht, Kosten für Umspannwerke vervierfacht. Bei den Möglichkeiten, Bürger zu beteiligen, gebe es in Deutschland einen kaum zumutbaren Flickenteppich, so der Vorstandschef, der aber auch lobte: An vielen Stellen gehe es deutlich voran, der Genehmigungsstau nehme ab. Aber nötig seien einheitliche Verfahren nach dem Vorbild der Länder, wo sie gut laufen. Sein Beispiel: Für das Repowering des Windparks in Quarnstedt sei die Genehmigung nach sieben Monaten gekommen, andernorts dauere es auch einmal drei Jahre.



Gespräch unter Vorständen: Henning von Stechow mit Katharina Beyer. Foto: Prokon/Kjell Kantak

Die Umstellung der Energieversorgung brauche noch enorme Kraftanstrengungen, stellte er fest. Ein Flaschenhals bleiben die Netze, „eines der Topthemen der kommenden Jahre“, unterstrich von Stechow. Ob es um Tempo, Flexibilität durch Speicherlösungen oder Digitalisierung oder auch harmonisierte Regeln gehe, benötigt werde eine Gesamtidée statt kostenträchtiger Einzellösungen. Oder mit einer Anleihe beim Kanzler: Es brauche einen Wumms.

Mehr Informationen:

Daten und Fakten zu Windkraftanlagen

In Schleswig-Holstein drehen sich die Flügel von 2981 Windkraftanlagen. Sie haben eine Leistung von rund 6916 Mega- beziehungsweise 6,916 Gigawatt.

Die durchschnittliche Nabenhöhe der Anlagen beträgt 108 Meter, ihre Gesamthöhe 173 Meter. Das ist mit Ausnahme von Sachsen die niedrigste Höhe in Deutschland, weil in Schleswig-Holstein die Windenergie besonders früh angefangen hat und die ersten Anlagen deutlich niedriger waren als solche, die heute installiert werden.

2021 wurden im nördlichsten Bundesland 67 neue Windräder aufgestellt. Da auch 77 veraltete abgebaut wurden, ergibt sich bei der Stückzahl sogar ein Negativ-Saldo. Weil die neuen Anlagen größer sind, steht wiederum bei der Leistung unterm Strich ein Plus von 181 Megawatt.

Zusätzlich zum Leistungsvolumen von 6,9 Gigawatt der Windräder an Land sind in Schleswig-Holstein rund 1,8 Gigawatt Leistung aus Meereswindparks ans Stromnetz angeschlossen. Damit ist die Windkraft mit Abstand die wichtigste Stütze der Energiewende. Bisher plant die Landesregierung, die Windenergienutzung an Land bis 2025 auf mindestens 10 Gigawatt installierte Leistung auszubauen. Erneuerbarer Strom soll künftig auch die Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie mitversorgen.

Nach aktueller politischer Beschlusslage sind 2,03 Prozent der Landesfläche Schleswig-Holsteins für Windkraftanlagen vorgesehen. Das entspricht rund 32 000 Hektar. Sie teilen sich auf in 344 Einzelflächen, so genannte Vorranggebiete. Die Landesregierung hat dafür die gesamte Fläche Schleswig-Holsteins auf die Geeignetheit für Windkraft abgescannt. Die Gebiete halten zu geschlossenen Siedlungen mindestens 1000 Meter Abstand ein, zu Splittersiedlungen oder Einzelgebäuden mindestens 400 Meter. Zudem wurden bei der Flächenauswahl unter anderem Belange des Natur- und Artenschutzes, des Denkmalschutzes und der Flugsicherheit berücksichtigt. Auch eine allzu große Ballung von Vorranggebieten versuchen die Regionalpläne des Landes zur Windenergie zu vermeiden.

Kein Investor oder Betreiber darf jedoch einfach so in einem Vorranggebiet ein Windrad hinstellen. Für jede einzelne Windkraftanlage muss bei den Landesbehörden eine Baugenehmigung beantragt werden. Dabei wird dann konkret geprüft, ob die Anlagen gesetzliche Vorgaben etwa für Schallschutz oder Schattenwurf einhalten. Auch müssen aktuelle Umweltgutachten für jede Anlage einzeln nachweisen, dass sich bis zum Baubeginn nicht etwa seltene Vogelarten oder Fledermäuse angesiedelt haben. Teilweise werden Windkraftanlagen nur unter Auflagen genehmigt. Sie müssen dann zum Beispiel nachts abgeschaltet werden oder dürfen nur gedrosselt laufen.